

Sachbericht

Alltagssituation türkischstämmiger Migranten

Vortrag und Diskussion am 18.01.06 von 18.00 Uhr bis 20.30 Uhr in der Universität Trier

1. Zielgruppe: Studierende und Lehrende, die sich mit dem Thema Migration und Interkulturalität beschäftigen, Bürger/innen der Stadt Trier, Migrant/innen, Migrationsbeauftragte

2. Lernziel: Darstellung und Diskussion der Ergebnisse von Studien der Stiftung Zentrum für Türkeistudien, Einblick in die subjektive Wahrnehmung und Bewertung von Migrationserfahrungen türkeistämmiger Migrant/innen, Reflexion der Diskussion um Parallelgesellschaften anhand dieser Daten

3. Teilnehmer/innenzahl: 31

4. Darstellung der Inhalte und Methoden sowie kritische Beurteilung der Veranstaltung durch den Projektverantwortlichen

Dr. Dirk Halm von der Stiftung Zentrum für Türkeistudien (ZfT) an der Universität Duisburg-Essen beschäftigt sich bei seinen Forschungen hauptsächlich mit der Lebenssituation und Partizipation türkeistämmiger Migranten in Deutschland. Die vermeintliche Entwicklung von "Parallelgesellschaften" ist nach Halm seit Mitte dieses Jahrzehnts in Deutschland das am häufigsten vorgebrachte Argument für die Sicht, dass die Integration von Zuwanderern in der Bundesrepublik misslungen sei. Insbesondere nach der Ermordung des islamkritischen Journalisten Theo van Gogh in den Niederlanden am 2. November 2004 erlebte der ursprünglich von Wilhelm Heitmeyer in den 1990er Jahren in die Debatte gebrachte Begriff eine starke Konjunktur in Politik und Medien. Von Beginn an bis zur breiten Debatte ab 2004 implizierte der Begriff den Islam als Ursache oder Merkmal gesellschaftlicher Desintegration. Ende 2004 erfuhr die "Parallelgesellschaft" als Konzept zur Beschreibung der Zuwanderungswirklichkeit aber auch öffentliche Kritik. Die Gegner argumentierten insbesondere, die Behauptung der Existenz von Parallelgesellschaften" diene zuvorderst dem Zweck der Abqualifizierung gesellschaftlicher Pluralität.

Halm überprüfte die Behauptung, es gäbe in Deutschland Parallelgesellschaften, anhand von fünf Indikatoren, die Thomas Meyer zum ersten mal 2002 vorgeschlagen hatte:

- ethno-kulturelle bzw. kulturell-religiöse Homogenität
- nahezu vollständige lebensweltliche und zivilgesellschaftliche sowie weitgehende Möglichkeiten der ökonomischen Segregation
- nahezu komplette Verdopplung der mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen
- formal freiwillige Segregation
- siedlungsräumliche oder nur sozial-interaktive Segregation, sofern die anderen Merkmale alle erfüllt sind.

Die Stiftung Zentrum für Türkeistudien befragt seit 1999 in jährlichem Abstand repräsentativ 1.000 erwachsene türkeistämmige Migranten zu ihren Wohnverhältnissen, interkulturellen Kontakten, Diskriminierungserfahrungen und der Nutzung eigenethnischer Infrastrukturen. Die Daten sind geeignet, die von Meyer entwickelten Indikatoren für Parallelgesellschaften durch die Merkmale Religiosität (kulturelle Homogenität), Kontakte zu Deutschen (lebensweltliche Segregation), Organisationsgrade (Verdopplung von Institutionen), Diskriminierung (Freiwilligkeit von Segregation) und ethnische Quartiersbildung (Wohnraumsegregation) zu operationalisieren. Obwohl sich die Befragung auf das

Bundesland NRW beschränkt, dürften die Ergebnisse in ihren Grundtendenzen auch auf die Bundesrepublik insgesamt zu übertragen sein, da immerhin jede/r dritte Türkeistämmige in diesem Bundesland lebt.

Die These der Entwicklung zu parallelen Gesellschaftsstrukturen von Deutschen und Türken wird durch diese Längsschnittuntersuchung nicht gestützt. Folgende generelle Trends lassen sich aus den nachfolgenden Befunden ableiten: Der ausgeprägte Kontakt, die zunehmenden Freizeitbeziehungen und der Wunsch nach mehr Kontakten sind Zeichen des Zusammenwachsens. Zugleich ist der Wunsch nach Kontakten zu Deutschen auch bei denjenigen ausgeprägt, die diese Kontakte bisher nicht haben. Isolation entspringt nicht immer dem Wunsch der Migranten, sondern erfolgt auch aus Mangel an Gelegenheiten oder aufgrund von Ablehnung. Einzig die linear wachsende Religiosität ist ein Indiz für eine Homogenisierung der türkischen Community, die eine Voraussetzung für die Entwicklung einer Parallelgesellschaft wäre. Damit ist die große Bedeutung, die dem Dialog mit dem Islam und der Integration der Muslime in den letzten Jahren zugewiesen wurde, durchaus berechtigt. Ältere Angehörige der Gastarbeitermigration sowie jüngere Heiratsmigranten und Menschen mit sehr kurzen Aufenthaltsdauern in Deutschland, die sich durch eher geringe formale Bildung und schlechte Sprachkenntnisse auszeichnen sind am ehesten prädestiniert, parallelgesellschaftliche Strukturen hervorzubringen.

Die Mehrheit der Befragten definiert sich nicht nur als "formal" dem Islam zugehörig, sondern auch emotional. Die Hälfte sieht sich selbst als eher religiös und knapp jeder Fünfte als sehr religiös. 24% fühlen sich selbst als eher nicht religiös und 4% als gar nicht religiös. Der Anteil der sehr und eher Religiösen stieg 2004 zusammen auf 72%, im Jahr 2000 betrug er 57%. Darüber, ob dies eine Folge des 11. September und der Kriege in Afghanistan und Irak und einer mehr oder weniger erzwungenen Selbstpositionierung zum Islam ist, kann nur spekuliert werden. Bei mehrheitlicher Zugehörigkeit zum sunnitischen Islam ist die türkische Gesellschaft in Deutschland damit zwar nicht homogen, aber doch stark religiös geprägt - und diese Prägung hat im Untersuchungszeitraum linear und deutlich zugenommen.

Die lebensweltliche und zivilgesellschaftliche Segregation als ein weiteres Merkmal von Parallelegesellschaften wurde durch die Kontakte zu Deutschen indiziert. Über 90% der Befragten haben Kontakte zu Deutschen in mindestens einem der vier abgefragten Lebensbereiche, die über Grußkontakte hinausgehen. Am häufigsten findet der Kontakt in der Nachbarschaft statt, 81% der Befragten geben hier Beziehungen zu Deutschen an. Fast ebenso viele Befragte haben Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis (76%) und am Arbeitsplatz bzw. an der Uni oder in der Schule (67%). Mehr als ein Drittel der Migranten haben sogar familiäre bzw. ferne verwandtschaftliche Beziehungen zu deutschen Familien. Im Zeitvergleich sind in allen Bereichen - außer im Erwerbsleben - moderate bis deutliche Zunahmen des Kontaktes zu Deutschen zu konstatieren.

Die Einbindung in gesellschaftliche Organisationen ist in der türkischen Community weniger ausgeprägt als bei Deutschen, hat aber in den letzten Jahren zugenommen. Zum Teil gliedern sich die Migranten in das intermediäre System der Mehrheitsgesellschaft ein, zum Teil hat sich eine eigenethnische Infrastruktur etabliert. Inzwischen existieren in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen türkische Organisationen und Institutionen. Diejenigen deutschen Organisationen, in denen die Migranten mit 17% am häufigsten anzutreffen sind, sind die Gewerkschaften. An zweiter Stelle folgen mit 16% die Sportvereine. Weiterhin folgen mit großem Abstand Kulturvereine mit 4%, Berufsverbände und Bildungsvereine mit je 3% Mitgliedern unter allen Befragten. Unter den türkischen Vereinen liegt das Schwergewicht eindeutig im kulturellen und religiösen Bereich. 12% gehören einem Kulturverein und 22% religiösen Gemeinschaften an. Sportvereine folgen mit 9%, Bildungsvereine mit 5%. Generell betrachtet gründet sich ein zentraler Teil der Mitgliedschaft in türkischen Organisationen auf das Bedürfnis religiöser und kultureller Anbindung, das deutsche Organisationen nicht erfüllen können. Damit Erfüllen die türkischen Organisationen aber eine Komplementär- und keine Dopplungsfunktion zu deutschen Angeboten.

Integration setzt voraus, dass die aufnehmende Gesellschaft die Zuwanderer auch an Ressourcen und Prozessen teilhaben lässt. Voraussetzung für die Bildung von Parallelgesellschaften ist der freiwillige Rückzug der betreffenden Bevölkerungsgruppe. Ein geeigneter Indikator für die Freiwilligkeit von Abgrenzung ist das Diskriminierungsempfinden.

Die subjektive Wahrnehmung von Akzeptanz oder Ablehnung, beispielsweise in Form von Diskriminierung, muss dabei nicht immer mit objektiv nachweisbaren Gegebenheiten oder Erlebnissen übereinstimmen, sondern wird auch beeinflusst von allgemeinen Erwartungshaltungen sowie generellen und individuellen Stimmungen. Insgesamt gaben 77% der Befragten an, im Alltag die Erfahrung ungleicher Behandlung von Deutschen und Ausländern gemacht zu haben: 11% in einem bestimmten Lebensbereich und 66% in unterschiedlichen Lebensbereichen. Insgesamt ist eine erschreckend hohe Diskriminierungsperzeption zu konstatieren, die im Zeitvergleich zunächst deutlich zugenommen hat und seit dem letzten Jahr wieder sinkt. Wie der steigenden Religiosität liegt auch hier nahe, einen Zusammenhang zur Debatte um den Islam im Zuge des 11. September 2001 herzustellen, was allerdings Interpretationssache bleibt. Die empfundene ethnische Diskriminierung variiert nach Lebensbereichen: Die Bereiche, in denen am häufigsten Diskriminierung empfunden wird, sind diejenigen, in denen generell ein hohes Maß an ökonomischer oder sozialer Konkurrenz und Konflikte um knappe Ressourcen herrschen: Rund die Hälfte der befragten Migranten gaben an, bereits am Arbeitsplatz (57%), bei der Wohnungssuche (49%) und bei der Arbeitssuche (48%) diskriminiert worden zu sein.

Mehr als die Hälfte der Befragten (58%) wohnt in überwiegend deutsch geprägten Gegenden. 15% leben in gleichmäßig gemischten Vierteln und ein Fünftel in überwiegend von Türken bewohnten Stadtteilen. Obwohl damit drei Viertel der Befragten nicht in ethnisch geprägten Gegenden wohnen und damit auch mehr oder weniger automatisch mit Deutschen in Kontakt kommen, deutet der Anteil von 21%, die in überwiegend türkisch geprägten Gegenden leben, doch darauf hin, dass sich zumindest in einigen Stadtteilen ethnisch verdichtete Wohnquartiere herausgebildet haben. Vergleicht man den Befund von 2004 mit den Zahlen der Vorjahre, ist kein eindeutiger Trend erkennbar. Bei der Untersuchung des Zusammenhangs von ethnischer Zusammensetzung der Wohngegend und der Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen wird sichtbar, dass Befragte, die in deutschen Wohngegenden leben, zufriedener sind als Befragte, die in türkisch geprägten Gegenden leben, was darauf hindeutet, dass es sich nicht immer um eine freiwillige Segregation handeln sollte. Unzufriedenheit mag indessen nicht nur mit der ethnischen Zusammensetzung, sondern auch mit der generellen Situation der jeweiligen Quartiere zusammenhängen, da ethnische Kolonien häufig in Stadtteilen mit niedriger Wohnqualität angesiedelt sind. Insgesamt zeigt die wohnräumliche Segregation keinen einheitlichen Trend. Man kann folglich auch nicht von einer Zunahme der Ghettoisierung sprechen.

Die Diskussion war sehr abwechslungsreich und hatte eine hohe Beteiligung. Viele Zuhörer/innen stellten Fragen an den Redner und diskutierten auch angeregt untereinander. Vor allem die Darstellung von Parallelgesellschaften in den Medien wurde aufgrund der dargestellten Forschungsergebnisse kritisch beleuchtet, da die Medienberichte ein zu einheitliches Bild zeichnen würden. Vor allem die Zuhörer/innen mit Migrationsintergrund waren um ein positives Bild türkeistämmiger Migranten in der BRD bemüht. Zweifel, die seitens anderer Zuhörer/innen an dem Willen, sich in Deutschland zu integrieren, geäußert wurden, wiesen sie vehement zurück. Nach ihrer Ansicht ist die Politik der Vergangenheit an der schlechten Integration der Migranten schuld.